



EUROPÄISCHE UNION

DE

Brüssel, den 9. März 2013
(OR. en)
7353/1/13 REV 1
PRESSE 107

Erklärung der Hohen Vertreterin Catherine Ashton im Namen der Europäischen Union zu den Wahlen in Kenia

Die Europäische Union beglückwünscht das Volk Kenias zu den weitgehend friedlich verlaufenen Wahlen.

Die kenianische Bevölkerung hat in friedlicher Ausübung ihrer demokratischen Rechte in großer Zahl abgestimmt und damit ein starkes Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie abgelegt. Die EU gratuliert allen Kandidaten, die erfolgreich aus den Wahlen hervorgegangenen sind, und spricht denjenigen, die ihre Niederlage eingeräumt und zum Frieden aufgerufen haben, ihre Anerkennung aus.

Die EU ist zuversichtlich, dass jegliche Streitigkeiten durch die IEBC (Unabhängige Wahl- und Grenzkommission) und die Einrichtungen der Justiz rasch und fair geregelt werden. Die EU ruft alle Parteien dazu auf, die friedliche und demokratische Gesinnung beizubehalten, bis diese Prozesse abgeschlossen sind.

Mit diesen Wahlen wurde ein großer Schritt zur Verwirklichung des Versprechens der neuen Verfassung unternommen und gezeigt, dass es im neuen Kenia keinen Platz für Gewalt gibt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Rechtstaatlichkeit herrscht. Die EU ist bereit, das kenianische Volk und die Regierung des Landes auch künftig dabei zu unterstützen, das gegebene Versprechen zu verwirklichen und die neue Verfassung weiter durchzusetzen.

Das Beitrittsland Kroatien*, die Bewerberländer Türkei, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, Montenegro* und Island+, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Bosnien und Herzegowina, das dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörende EFTA-Land Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien, Aserbaidschan und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

* Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

+ Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.

P R E S S E